

„Ja zur Aar“ pocht auf Alternativen

Polit-Verein fordert ein „Ja zur Aartalbahn“ – Diskussion soll sachlich weitergeführt werden

Gerade weil die Anwohner an der B54 unter der starken Belastung des Verkehrs zu leiden haben, muss die Diskussion um Alternativen sachlich und effektiv weitergeführt werden. Dafür spricht sich die Bürgerinitiative „Ja zur Aar“ aus.

Niederreisen. Bei der Podiumsdiskussion am 6. Dezember waren viele Interessierte anwesend, aber Befürworter einer Umgehung suchte man vergeblich. Dies, obwohl es hier die einmalige Gelegenheit gab, den Vorsitzenden des Bundesverkehrsausschusses in seine Pflicht zu nehmen und auf die Problematik an der Aar aufmerksam zu machen, heißt es aus dem Verein.

Interessantes war zu erfahren. Zum einen, dass die bislang nur als These gehandelte, von „Ja zur Aar“

als sogenannte „Brummistrecke“, tatsächlich im Mainzer Wirtschaftsministerium vorangetrieben und geplant wird. Für diese Ost-West-Verbindung seien die Teilstücke im Aartal und die Südumgehung Limburg unerlässlich.

„Somit ist doch eindeutig klar, dass es sich hier weder um eine Entlastung der Bürger noch um eine für die Bürger gedachte Ortsumgehung handeln kann, sondern um eine überregionale Verbindung, die den Ortschaften mehr Verkehr und Lärm bringt“, wie „Ja zur Aar“ betont.

Erfolge allerdings dieser Lückenschluss nicht, werde auch das Aartal mitsamt den Ortsdurchfahrten, den Bewohnern und der Landschaft von zusätzlichem Transitverkehr verschont bleiben.

Zum anderen, dass der zur Verfü-

gung stehende Bundesetat für den Straßenbau mittlerweile zu großen Teilen durch die Instandhaltung und Sanierung bestehender Straßen aufgefressen wird, sodass für neue Projekte kaum Mittel zur Verfügung stehen.

Von den derzeit 1500 Projekten im „vordringlichen Bedarf“ gelten der Großteil aufgrund der viel zu niedrig angenommenen Baukosten als unfinanzierbar, sobald aktuelle Kosten/Nutzen angesetzt werden. Genau das werde auch bei der neuen Trasse deutlich:

Finanzierung unmöglich

Würde die Straße noch mit 11 Millionen in den Bedarfsplan aufgenommen, so liege sie momentan bei mehr als 57 Millionen Euro. „Das macht die Finanzierbarkeit der Strecke nahezu unmöglich.“

Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, alle möglichen Alternativen in Betracht zu ziehen und die Maßnahmen, die im Vereins-Paket zur Entlastung an der B54 zusammengestellt worden, zu prüfen und umzusetzen, bevor unwiderrufbare Tatsachen gebaut werden, fordert der Verein. „Es gibt Bürger, die nach Fertigstellung einer neuen Trasse eine neue Bundesstraße mit deutlich höherem und schnellerem Verkehrsaufkommen auf der Rückseite ihres Hauses zu ertragen haben“, so Barbara Benke von „Ja zur Aar“. „Sollte man da nicht lieber über die Vorteile einer in naher Zukunft reaktivierten Aartalbahn nachdenken?“

Weiter sagte die Sprecherin von „Ja zur Aar“, „Geschwindigkeitsge-regelte Ampelanlagen haben selbst-verständlich einen messbaren, weil

erzieherischen Effekt. Sie stellen zu bestehenden Verkehrsinseln die bessere Alternative dar, zumal der Großteil der Verkehrsteilnehmer die Strecke mehrmals täglich nutzt und mit der Strecke vertraut ist. Der erzieherische Effekt ist daher als realistisch einzustufen. Anfängliche, von Anwohnern als bedenklich geäußerte Brems- und Anfahrgeräusche dürften sich somit erübrigen.“

Über die Entlastung der Anwohner durch ein Nachfahrverbot für den Schwerlastverkehr dürfe wohl kaum Diskussionsbedarf bestehen.

„Und was das Aufbringen von Flusterasphalt anbelangt, sei auf neueste Materialien und Untersuchungen verwiesen. Entgegen der Behauptung des Landesbetriebs Mobilität wird diese neue Generation Flusterasphalt bereits erfolg-

reich in Städten wie Köln und Düsseldorf aufgebracht. Innerorts, bei maximaler Geschwindigkeit von 50 km/h.“

Mitnichten seien alle Themen bereits abgefrühstückt, konstruktive Vorschläge scheinen aus gegebenem Anlass mehr als notwendig, um Beruhigung an der B54 zu schaffen. „Wer sich da als mündiger Bürger nicht blindlings auf die Aussagen des LBM verlassen möchte, der ist gut beraten, sich selbst zu informieren, statt sich auf wachsweiße und schlecht bis gar nicht recherchierte öffentliche Aussagen anderer zu verlassen. Es sind sowohl Kreativität und Mut zu neuen Wegen als auch Skepsis gegenüber Behörden oder politischen Entscheidungsträgern mehr gefragt als polemische Stimmungsmache“, so „Ja zur Aar“.

mp